



Themen

Seite 1

Pannermayr: Kommunale Seniorenpolitik

Seite 5

Podiumsdiskussion in Kempten

Seite 7

Resolution des Bayerischen Städtetags

Seite 8

Konsens für dezentrale Energiewende

Seite 10

Schritt zur Ganztagsbetreuung

Seite 11

Altwerden braucht gute Orte und kurze Wege

Seite 12

Generationengerechte Mobilität

Seite 13

Pflege fit für die Zukunft machen

Vorsitzender Pannermayr: Kommunale Seniorenpolitik

Als Tagungsthema für die Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2024 in Kempten hat der Verband wegen der Dynamik des demografischen Wandels bewusst die ältere Generation in den Blickpunkt gerückt. Jeder Mensch erlebt das Älterwerden aus eigener Erfahrung und ist damit nicht nur Beobachter, sondern mitwirkender Bestandteil des demografischen Wandels, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in seiner Ansprache vor der Vollversammlung am 27. Juni 2024: „Wir haben ein ganz persönliches Interesse, in unseren Städten auch im Alter gut und gerne leben zu können.“ Kommunen sollen und wollen eine aktive Seniorenpolitik betreiben: „All das können die Kommunen leisten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen“.

Pannermayr bilanzierte das Tagungsthema: „Wenn wir heute an der Stadt für morgen arbeiten, dann heißt das für heute – noch – junge Menschen: Wir bauen nun die Stadt, in der wir morgen als Senioren leben. Darüber hinaus profitieren von vielen Projekten jetzt schon alle Generationen. Die Stadt der kurzen Wege mit einer guten Infrastruktur, der breite Einstieg in den Niederflerbus, der Schatten der Bäume im Park, die gut hörbare und verständliche Durchsage in der Bahn – all das bedeutet Lebensqualität für alle Generationen.“

Die im Tagungspapier und in der Resolution formulierten Forderungen des Bayerischen Städtetags verfolgen eine Grundlinie und ein Hauptanliegen, nämlich „in Zeiten großer Herausforderungen und fundamentaler Umbrüche menschlich zu bleiben, human zu bleiben. Es geht darum, den Menschen Heimat zu bieten. Es geht darum, dass Menschen sich ehrlich angenommen fühlen, so wie sie sind – mit ihren Hoffnungen und Zielen, aber auch mit ihren Sorgen und Unsicherheiten. Es geht darum, dass Menschen einen festen Platz finden und ihren

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Fortsetzung von Seite 1

Beitrag für die Gemeinschaft leisten dürfen. Und es geht darum, dass dieser Beitrag auch gesehen und geschätzt wird. Am Ende geht es um das unverrückbar festgeschriebene Fundament unseres Grundgesetzes, das in diesem Jahr 75. Geburtstag feiern konnte: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Viele der Anforderungen, die man zunächst unter dem Blickwinkel auf ältere Menschen sieht, sind letztlich für alle Generationen relevant, unterstrich Pannermayr: „Eine seniorengerechte Stadtentwicklung dient dem guten Zusammenleben aller Menschen in unseren Städten.“

Pannermayr umriss dabei die unterschiedlichen Facetten des Alters: „Das Älterwerden hat viele Gesichter. Beim Gedanken an ältere Menschen haben wir unterschiedliche Bilder vor uns – vom sportlich fiten Best-Ager mit E-Bike bis hin zur gebrechlichen Seniorin, die tapfer mit dem Rollator durch das Gewühl am Bürgersteig um achtlos abgestellte Leih-Roller steuert. Und es kann auch der ältere Herr sein, der sich in der Straße, die er früher bestens gekannt hat, nicht mehr zurechtfindet. Von fit und gesund, wohlhabend und gut gelaunt – bis gebrechlich und dement, arm, einsam und depressiv. Unter diesem riesigen Spannungsbogen können Seniorinnen und Senioren in unseren Städten und Gemeinden beobachtet werden. Dabei gibt es mehr Einsamkeit in unseren Städten, als wir oft vermuten und wahrnehmen.“

So vielfältig die Lebenssituationen, so vielfältig sind auch die Fragestellungen und möglichen Antworten. Dies umriss Pannermayr an fünf Aspekten: Quartiersentwicklung, Wohnen im Alter, soziale Integration, Mobilität, Prävention und Pflege.

Ältere Menschen brauchen in erster Linie ein Quartier, in dem sie sich wohlfühlen können, sagte Pannermayr: „Eine altersgerechte Quartiersentwicklung ist sicher, behaglich, unverwechselbar, lesbar, vertraut und zugänglich. Wichtig sind kurze Wege, auch zur Versorgungsinfrastruktur und Orte der niedrigschwelligen und zwanglosen Begegnung, die auch als ‚Dritte Orte‘ bezeichnet werden.“ Das können Häuser, Räu-

me, Grünflächen oder Parks sein. Pannermayr: „Die Kommunen brauchen dazu eine achtsame Landesplanung und eine Städtebauförderung, die in der Mittelausstattung deutlich aufgestockt wird. Diese finanziellen Mittel müssen möglichst unkompliziert und ohne hohe Zugangsbarrieren vor Ort ankommen.“

Die eigene Wohnung ist meist der wichtigste Bestandteil des Quartiers und Lebensmittelpunkt der Seniorinnen und Senioren, unterstrich Pannermayr: „Wohnungen müssen altersgerecht sein und bezahlbar bleiben. Dazu brauchen wir eine staatliche Wohnbauförderung, die ausreichend finanziell ausgestattet ist und über mehrjährige Zeiträume verlässliche Planungen möglich macht.“ Diese Förderung muss alternative Wohnformen unterstützen und auch für Genossenschaften, Bau- und Mietgemeinschaften die Türe öffnen.

Der Kontakt zu den Mitmenschen ist wertvoll für das Miteinander. Wo immer mehr alte Menschen auf immer weniger junge Menschen treffen, ist der Zusammenhalt der Generationen zu stärken, sagte Pannermayr: „Eine hervorragende Möglichkeit, ältere Menschen sozial zu integrieren und von ihrem Wissen, ihrer Erfahrung und ihrer Zeit zu profitieren, bietet das Ehrenamt. Ganz besonders geht es darum, Einsamkeit zu vermeiden. Leider steigt mit dem Alter zunehmend das Risiko, zu vereinsamen.“

Eine Hauptursache für soziale Exklusion im Alter ist Altersarmut. Mehr als 21 Prozent der Menschen in Bayern gelten als armutsgefährdet. Viele bayerische Kommunen gehen das Thema an und richten einen sozialen Mittagstisch ein, bieten vergünstigte Kulturprogramme oder ermäßigten Eintritte, illustrierte Pannermayr: „Gerade diese freiwilligen Leistungen sind in Zeiten kippender Kommunalfinzen in Gefahr. Wir brauchen nachhaltige Finanzierungswege für Nachbarschafts- und Quartierstreffe, für ‚Kümmerer‘ und Projekte der sozialen Teilhabe.“

Mobilität bedeutet Lebensqualität, sagte Pannermayr: „Wer mobil ist, ist besser sozial integriert. Wir brauchen von Bund und Land dringend mehr

Fortsetzung von Seite 2

Regionalisierungsmittel und einen Mittelzuwachs bei der ÖPNV-Finanzierung. Nur so können wir ein adäquates und möglichst barrierearmes Angebot sicherstellen.“

Die Begleiterscheinung des Älterwerdens sind gesundheitliche Probleme und Pflegebedürftigkeit, daher stellen die Bereiche Prävention, medizinische Versorgung und Pflege enorme Herausforderungen, sagte Pannermayr: „Je älter der Mensch, umso wahrscheinlicher wird eine Erkrankung. Entscheidend für ein möglichst langes, gesundes Leben ist vor allem Prävention.“

Pannermayr: „Wenn Prävention nicht mehr hilft, müssen wir eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung sicherstellen. Die wahrscheinlich größte Welle rollt im Bereich der Pflege auf uns zu. Wir brauchen dazu Strukturen, die Angehörige stützen und die Pflege zu Hause stabilisieren. Der Bund muss die Finanzierung der Langzeitpflege sicherstellen und für eine Ertüchtigung der Pflegeversicherung sorgen. Es darf nicht zur Regel werden, dass der Sozialhilfeträger einspringen muss.“ Die Finanzierungsbedingungen für die Neuerrichtung von Pflegeeinrichtungen müssen auskömmlich gestaltet werden.

Als zwei Beispiele nannte Pannermayr Herausforderungen, die sich aus der Demenz von Menschen und dem Klimawandel ergeben: Nötig ist ein „demenzsensibles Stadtbild, um an Demenz erkrankten Menschen ein möglichst langes Leben in Selbständigkeit ermöglichen zu können“. Bis zum Jahr 2040 sollen laut Schätzungen voraussichtlich 380.000 Menschen in Bayern von Demenz betroffen sein. Der Klimawandel wird immer deutlicher spürbar und ist gerade für hitzeempfindliche Menschen eine enorme Belastung, daher werden Hitzeschutzpläne, die einige Städte bereits auf den Weg gebracht haben, immer wichtiger.

Die Herausforderungen, die für die Seniorenpolitik heute erörtert werden, sind laut Pannermayr in den vielen Handlungsfeldern von Wohnen und Mobilität bis zur Pflege nicht auf die Schnelle zu lösen. Er erinnerte an einen vom ehemaligen

Städtetagsvorsitzenden Dr. Ulrich Maly geprägten Begriff vom „Erwartungshaltungsdämpfungsmanagement“, das bei großen Feldern nötig ist: „Wir brauchen dazu nicht in erster Linie ‚Sprinter‘, sondern Menschen, die bereit sind, sich der Herausforderung ‚Marathon‘ zu stellen. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind dazu bereit und in der Lage. Wir sprinten nicht jeden Tag in eine andere Richtung, wir halten Kurs, langfristig. Gerade auch gegen die Populisten, die leider auch in Zeiten des demografischen Wandels nicht zur ‚Mangelware‘ werden. Auf die Problemlösungskompetenz der Kommunen können Bund und Freistaat Bayern vertrauen. Wir müssen uns allerdings immer wieder darüber verständigen, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, um das Gelingen zu ermöglichen.“

Pannermayr verwies auf essentielle Voraussetzungen, die Kommunen benötigen, wenn es um die Realisierung von langfristigen Projekten geht. Nötig ist die rechtzeitige Einbindung der kommunalen Ebene auf Augenhöhe, um den Sachverstand der Praxis zu berücksichtigen. Zu kurzfristige Anhörungsfristen und übereilte Verfahren bei der Gesetzgebung oder beim Formulieren von Verordnungen können zu praxisfernen Regelungen führen, die dann wieder korrigiert werden müssen.

Da das Nachbessern dann länger dauere, lohne sich das vorherige längere Nachdenken. Unerlässlich ist die auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, die an neue Aufgaben und Anforderungen angepasst werden müsse.

Bürgerschaft und Gesellschaft müssen sich laut Pannermayr verstärkt auf das Wesentliche konzentrieren, um sich letztlich nicht in einer Fülle an Detailregelungen, dem Streben nach Perfektion und einer übermäßigen Einzelfallgerechtigkeit zu verheddern. Und es gehe darum, Komplexität – etwa bei Förderprogrammen – zu reduzieren und wieder mehr Vertrauen in die kommunale Ebene zu haben.

Pannermayr appellierte zu mehr Ehrlichkeit in der Diskussion, da mit Blick auf den demografischen Wandel und abnehmender Steuereinnahmen

Fortsetzung von Seite 3

sich nicht mehr alle Wünsche und Ansprüche realisieren lassen. Es würden zu viele Ansprüche formuliert, wie zum Beispiel bei der Garantie auf Ganztagsbetreuung, die sich letztlich etwa aufgrund des Personalmangels gar nicht umsetzen lassen. Pannermayr: „Nach wie vor wird vor allem von Bund und Ländern so getan, als ob wir alle Ansprüche erfüllen könnten. Es werden Rechtsansprüche definiert, die die Kommunen ausführen müssen. Allein der demografische Wandel wird dazu führen, dass wir dabei immer öfter scheitern werden. In allen Branchen und Berufen, in der Bäckerei und im Rathaus, im Bauhof und der Schule, in der Kita und im Krankenhaus, in der Pflege und im Handwerk, im Notarzwagen und im Linienbus spüren wir alltäglich die Folgen des Arbeitskräftemangels. Das ist aber nur ein Vorboten dessen, was uns in den nächsten Jahren mit Wucht erfassen wird, wenn die Generation der ‚Baby-Boomer‘ der 60er und 70er Jahre in den Ruhestand geht.“

Aktuell wird laut Pannermayr bei einem fehlenden Kita- oder Pflegeplatz der Verantwortliche vor Ort gesucht – „meist im Rathaus. Das wird uns bei der Problemlösung nicht weiterhelfen. Wir müssen diesen Prozess insgesamt verstehen und ehrlicher kommunizieren und erklären.“

Aufgrund des demografischen Wandels „haben wir von vielem viel zu wenig. Leider gilt das nicht für den Populismus. Ehrlicherweise muss man aber auch sagen, dass die Anforderungen an den Populisten nicht allzu hoch sind. Man darf sich eigentlich nur nicht durch zu viel Charakter bremsen lassen. Ehrlichkeit führt nicht immer zu schnellem und lautem Applaus. Ehrlichkeit ist aber sicher der beste Weg, um dem Populismus den Nährboden zu entziehen. Persönlich wünsche ich mir sehr und aus Überzeugung, dass es uns gemeinsam gelingen möge, Populisten zur ‚Mangelware‘ werden zu lassen.“

Abschließend erinnerte Pannermayr an das Grundgesetz und die kommunale Selbstverwaltung als Basis für dauerhafte Stabilität der Bundesrepublik: „Ein Grundgesetz, das kein Ablaufdatum und kein Verfallsdatum hat. So wie unsere Demokratie – eine Demokratie, in der

jeder jemand und keiner niemand ist. Gerade in dieser Hinsicht tut die kommunale Selbstverwaltung unserem Land gut. Sie war und ist ein Erfolgsmodell. Die Kommunen können auch in schwierigen und fordernden Zeiten den Menschen Halt und Heimat bieten.“

Der Bayerische Städtetag leistet dazu laut Pannermayr seit 128 Jahren einen wichtigen Beitrag: „Er ermöglicht eine verlässliche Gemeinschaft, die ihre Stärke ganz wesentlich aus dem partiübergreifend respektvollen Umgang und der ehrlichen Leidenschaft für die tiefe Bedeutung der kommunalen Idee gewinnt. Der Bayerische Städtetag ist auch eine Gemeinschaft von Menschen, die sich ihren Optimismus bewahren. Wir blicken nicht nur auf die Defizite, sondern sehen vieles, das gelingt. Und wir haben unsere ehrliche Freude daran.“ Pannermayr schloss mit einem Appell zum Optimismus: „Man muss buchstäblich mit allem rechnen, sogar mit dem Guten.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de



Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf per E-Mail abonnieren: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse ein.

Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2024 in Kempten

Kommunale Seniorenpolitik – Städte sind auf einem guten Weg

Gute Beispiele, vielversprechende Ansätze und große Herausforderungen – all das zeigte die Podiumsdiskussion zum Tagungsthema der 60. Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Kempten am 27. Juni 2024 auf. Kommunale Seniorenpolitik wird in Zukunft von noch größerer Bedeutung für die bayerischen Städte und Gemeinden, weil der demografische Wandel unaufhaltsam voranschreitet. Die Podiumsdiskussion machte deutlich, dass es keine Blaupause für gute kommunale Seniorenpolitik gibt, sondern vielfältige Herangehensweisen, mit denen man das Altwerden in der Stadt besser gestalten kann. Als Herzstück des Zusammenlebens kommt den Kommunen hierbei eine besondere Bedeutung zu. Klar ist, dass die Anstrengung nur gemeinsam gelingen kann und es Unterstützung von Bund, Land und Wirtschaft bedarf.

Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft kamen zu der Gesprächsrunde zusammen. In einem von Daniela Arnu vom Bayerischen Rundfunk moderierten Gespräch diskutierten Ulrike Scharf, Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Professor Dr. Andreas Kruse, Altersforscher, Gerontologe und Psychologe vom Institut für Gerontologie in Heidelberg, Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg, Katrin Albsteiger, Oberbürgermeisterin der Stadt Neu-Ulm und Robert Ilg, 1. Bürgermeister der Stadt Hersbruck, was es für eine alters- und altengerechte Stadt braucht. Prof. Kruse, der sich bereits mehr als sein halbes Leben mit dem Thema Alter beschäftigt, lobte in seinem Impulsvortrag vor der Podiumsdiskussion das Tagungspapier außerordentlich und stellte den positiven Wert des Papiers für alle Leserinnen und Leser heraus.

Moderatorin Arnu eröffnete die Runde mit der Frage, wie die Teilnehmer „alt sein“ definieren. „Alter ist eine Frage der Betrachtungsweise und Perspektive und mit dem Älterwerden ändert sich auch der Blick auf das Alter“, sagte Ilg. Albsteiger stellte heraus, dass man täglich mit dem Thema konfrontiert sei und das Thema alle Menschen

in allen Lebenslagen betreffe. Ob Doppelkinderwagen oder Rollator – barrierefreie Wege seien für alle hilfreich. Kruse warb dafür, das Thema Alter politisch zu machen und alten Menschen die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen – so könne man das Altersbild in der Öffentlichkeit verbessern. „Alter ist nicht nur eine Zahl, sondern ein ganz klarer Auftrag und eine große Aufgabe, die wir miteinander angehen“, sagte Scharf. Es sei daher gut, dass sich der Bayerische Städtetag dieses Zukunftsthemas annehme.

Intensiv diskutierten die Teilnehmer Fragen zum Ehrenamt. Wie die Situation im Ehrenamt vor Ort aussehe und ob es in der Gemeinde viel Ehrenamt für Alte gebe, wollte Moderatorin Arnu wissen. Ilg verwies darauf, dass es schon lange eine Seniorenbeauftragte gebe und das Thema hoch aufgehängt sei. „Ehrenamt ist von einer höheren Altersstruktur geprägt. Das zeigt sich an allen Verbänden, Vereinen und Organisationen in Kommunen.“ Es geht laut Ilg um die Frage, wie man junge Menschen motiviere, sich für einen gewissen Zeitraum gesellschaftlich einzubringen. Jeder kenne die Zahlen und den Ausblick – man dürfe nicht zu zögerlich sein.

Maltz-Schwarzfischer verwies darauf, dass man bereits seit den 1990er Jahren ein Seniorenamt betreibe. Aktuell gebe es rund 350 Seniorinnen und Senioren, die sich ehrenamtlich engagieren und vielfältige Angebote für alte Menschen. Bewährt habe sich ein Mix aus hauptamtlicher Unterstützung und Ehrenamt. „Es ist wichtig, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, wo sich Jung und Alt treffen“, sagte Albsteiger. Hierfür sei ein ehrenamtlicher Generationentreff in Neu-Ulm geschaffen worden. Auf die Frage, wie es gelingen könne, dass Ehrenamt nicht hauptsächlich „Alte für Alte“ bedeute, entgegnete Ministerin Scharf, dass 41 Prozent der Menschen in Bayern ab 14 ehrenamtlich tätig seien: „Das Ehrenamt ist so vielfältig wie das Leben.“ Auf die Frage, ob in der Generation der Jüngeren der Gemeinsinn fehle, antwortete Kruse, dass das wissenschaftlich nicht belegt sei. Es gehe darum, die Demokratie lebendig zu halten und Menschen dafür zu be-

Fortsetzung von Seite 5

geistern, sich ehrenamtlich einzusetzen. „Unsere Demokratie lebt vom Kitt, dass Menschen zum Gemeinwohl beitragen wollen“, so Kruse. Einig waren sich die Diskussteilnehmer, dass man Menschen aller Generationen für das Ehrenamt begeistern und der freiwillige Charakter gewahrt werden müsse.

Arnu fragte, wie sich die Pflegesituation darstelle und wie sie mit Unterstützung des Landes ausgebaut werden müsse. „Alles, was wir jetzt planen und in die Wege leiten, tun wir nicht für alte, pflegebedürftige Menschen, sondern für uns“, stellte Maltz-Schwarzfischer voran. Man müsse das im Blick behalten und in gute Strukturen bringen, um selbst im Alter Hilfe zu haben. Familienangehörige würden bereits jetzt wertvolle Arbeit leisten, seien aber häufig überlastet. Die Eigenbeteiligung bei der Pflege sei bereits jetzt für viele nicht zu bewältigen – hier brauche es Entlastung und staatliche Förderung. „Es gibt Investoren, die Pflegeheime bauen und betreiben möchten, aber viele Pflegeheime stehen jetzt schon leer, weil keine Pflegefachkräfte vorhanden sind“, ergänzte Albsteiger. Hier brauche es mehr Anerkennung des Pflegeberufs.

„Kommunen wollen gute Rahmenbedingungen schaffen, um ein wertschätzendes Altwerden zu ermöglichen“, sagte Ilg. Kommunen seien sehr motiviert und engagiert, um ein bestmögliches Umfeld für alle Menschen zu schaffen. Hier sei wünschenswert, das Vertrauen der Staatsregierung und Bundesregierung zu spüren, dass man Aufgabenlöser sei. Ein großer Schritt seien ausreichende finanzielle Mittel für die Kommunen. Scharf unterstrich, dass das Vertrauen in die Kommunen wesentliche Voraussetzung für die Organisation der Staatsform sei: „Ich bin froh um jede Entscheidung, die eine Kommune vor Ort selbst treffen kann“.

Am Ende der Debatte stellte Arnu die Frage, wie die Podiumsteilnehmer mit 80 Jahren leben möchten. Fast alle hegten den Wunsch, geistig und körperlich möglichst frisch zu sein und zuhause, im gewohnten Umfeld mit Familie und Nachbarn zu wohnen. Einigkeit herrschte, dass ein würdevolles Altern mit Selbstbestimmtheit zusammenhängt. „Wer mit offenen Augen im Ausland unterwegs ist, kommt gerne zurück nach Bayern und sieht, wie hoch die Standards bei uns sind“, so Ilg.

Kontakt: alexander.weigell@bay-staedtetag.de

BAYERISCHER STÄDTETAG 2024 in Kempten

Kommunale Seniorenpolitik - Altwerden in der Stadt

„Kommunale Seniorenpolitik ist eine Herausforderung, birgt aber auch großes Potenzial. Der demografische Wandel hat weitreichende Konsequenzen für unser Zusammenleben“ sagte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Diesen Wandel diskutierte der BAYERISCHE STÄDTETAG 2024 mit einem Tagungspapier, das kommunale Praktiker erarbeitet haben. Das Papier eröffnet Diskussionsgrundlagen, zeigt Möglichkeiten und gibt mit Praxisbeispielen aus bayerischen Städten und Gemeinden Anregungen. Das Tagungspapier leistet eine Bestandsaufnahme, von welchen Entwicklungen die kommunale Seniorenpolitik geprägt ist und zeigt, wie eine altersgerechte Stadt aussehen kann.

Prof. Dr. Andreas Kruse, Institut für Gerontologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, verwies bei der Podiumsdiskussion auf das Tagungspapier: „Dieses Positionspapier ist mit das beste Positionspapier, das ich in den letzten Jahren gelesen habe. Das Papier ist nicht nur für die Gegenwart, sondern für die Zukunft“.

Das Tagungspapier „Kommunale Seniorenpolitik“ und die Resolution stehen zum Herunterladen bereit: <https://www.bay-staedtetag.de/jahrestagungen/2024/downloads1>

Resolution

„Kommunale Seniorenpolitik – Altwerden in der Stadt“

für den BAYERISCHEN STÄDTETAG 2024

am 26./27. Juni 2024 in Kempten

Ob große Stadt oder kleine Gemeinde, ob Ballungsraum oder ländlicher Raum, alte Menschen haben in allen bayerischen Kommunen ihr Zuhause. Der demografische Wandel hat weitreichende Konsequenzen für das Zusammenleben in den Kommunen. Städte und Gemeinden leisten einen zentralen Beitrag für eine gute kommunale Seniorenpolitik. Sie können die Herausforderungen aber nicht alleine bewältigen und sind auf Unterstützung durch den Freistaat, den Bund und gesellschaftliche Kräfte vor Ort angewiesen.

Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, ...

1. die Kommunen bei der Umsetzung auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen aktiv zu unterstützen. Die Landesplanung soll an dem Zentrale-Orte-System, dem Anbindegebot und den Einzelhandelszielen festhalten.
2. die Städtebauförderung deutlich aufzustocken. Nur so können barrierefreie Räume, Dritte Orte und die Infrastruktur für eine bedarfsgerechte Versorgung geschaffen werden.
3. dafür zu sorgen, dass die staatliche Wohnraumförderung alternative Wohnformen unterstützt. Genossenschaften, Baugemeinschaften und Mietgemeinschaften müssen gefördert werden.
4. die Altenhilfe durch geeignete landesgesetzliche Vorgaben näher auszugestalten. Der Freistaat muss die kommunale Ebene in die Lage versetzen, ihren Verpflichtungen nach § 71 SGB XII Rechnung tragen zu können. Um eine Altenhilfestruktur zu gestalten, brauchen Kommunen eine hinreichende Finanzierung.
5. für Einrichtungen wie Nachbarschafts- oder Quartierstreffs, die als „Kümmerer“ besonders wichtig für Menschen sind, nachhaltige Finanzierungswege zu finden.
6. Förderrichtlinien des Freistaats mit auskömmlichen Mitteln auszustatten.

Der Bund wird aufgefordert, ...

7. die Finanzierung in der Langzeitpflege sicherzustellen und für eine Ertüchtigung der Pflegeversicherung zu sorgen. Es darf nicht sein, dass die Kosten für die Pflege die gesamten Ersparnisse und das Einkommen aufzehren.
8. die Pflegeplanung nach dem SGB XI neu auszurichten. Bei der Zulassung von Einrichtungen ist die Entscheidung der Kommune verpflichtend zu berücksichtigen.

Bund und Land werden aufgefordert, ...

9. die Investitionen durch die erhöhte Gewährung von Regionalisierungsmitteln und den Mittelzuwachs bei der ÖPNV-Finanzierung nach dem BayÖPNVG deutlich zu erhöhen. Nur so kann der ÖPNV einen besseren und spürbaren Beitrag in Stadt und Land leisten.

Gespräch mit Wirtschaftsministerium und Staatsforsten

Für die dezentrale Energiewende ist Konsens notwendig

Mit insgesamt vierzig Windenergieanlagen sollte im oberbayerischen Chiemdreeck im Landkreis Altötting auf den Flächen der Bayerischen Staatsforsten einer der größten Windparks in Bayern entstehen. Das als Prestigeprojekt der Bayerischen Staatsregierung ausgemachte Projekt sollte etwa zehn Prozent des Energieverbrauchs der energieintensiven Chemieindustrie versorgen.

Die Planungen waren weit fortgeschritten. Und dann erschütterte ein ablehnender Bürgerentscheid in der Gemeinde Mehring im Januar 2024 die Planungen, mit gewaltigen Auswirkungen auf das Gesamtprojekt, das sich über mehrere Gemeindegebiete erstreckt. Das Gesamtprojekt soll nun verkleinert werden. Immerhin hat die Gemeinde Marktl in einem Ratsbegehren im Juni 2024 für die Windkraft gestimmt.

Der Fall im Chiemdreeck steht symbolhaft für die Schwierigkeit einer Energiewende hin zu einer dezentralen und kleinteiligeren Energieversorgung. Die Energiewende ist nicht allein ein energietechnischer Vorgang – der wäre trotz der massiven Herausforderungen für den Verteilnetzausbau wohl gut zu bewältigen. Die Energiewende ist vor allem eine gesellschaftliche Herausforderung, die Änderungen vor Ort und überall in Bayern sichtbar macht – mit Photovoltaikanlagen entlang der Autobahnen oder sogar auf Dächern historischer Gebäude, mit Windenergieanlagen auf Grünflächen, im Gebirge und auch im Wald. Dies gelingt nur, wenn Bürgerinnen und Bürger von der Notwendigkeit der Anlagen überzeugt werden können.

Neben einer transparenten Informationspolitik und einer geschlossenen politischen Positionierung für Windkraft und andere Formen der erneuerbaren Energiegewinnung ist eine Teilhabe der Standortgemeinde an der Energiewende die beste Form der Akzeptanzsteigerung. Das Standortauswahlverfahren der Bayerischen Staatsforsten bezieht die Interessen der Standortgemeinde bereits an verschiedenen Stellen mit ein: Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung werden prämiert, eine im Erneuerbaren Energien-Gesetz vorgesehene fi-

nanzielle Beteiligung der Standortgemeinde wird vom künftigen Betreiber eingefordert.

Und dann sieht das Auswahlverfahren der Bayerischen Staatsforsten noch vor, dass ein Windpark im Staatswald nur verwirklicht wird, wenn die Standortgemeinde zustimmt. Dieses Einfallstor machte es den Initiatoren des Bürgerentscheids in Mehring und insgesamt 2000 Stimmberechtigten möglich, auf das Gesamtprojekt Einfluss zu nehmen. Eine Einflussnahme, deren Wirkung weit über die Gemeinde hinausgeht und letztlich – in der Logik der dezentralen Energiewende – auf die Energieversorgung in ganz Bayern Einfluss nimmt.

Vielleicht war der für das Projekt positive Ausgang des Ratsbegehrens in Marktl auf die Intensivierung der Kommunikation der Bayerischen Staatsregierung zurückzuführen. Wirtschaftsminister Aiwanger warb in Exkursionen und Veranstaltungen für das Vorhaben und bekam breite Rückendeckung. Rückendeckung, die man in Bayern nicht immer für die Windenergie verspürt hat – eine jedenfalls anfänglich auf Verhinderung ausgelegte 10H-Regelung hallt hier nach.

Klar ist aber auch: Dieser Einsatz kann nicht für jedes Windrad, für jede Photovoltaikanlage, für jeden Meter notwendigen Netzes betrieben werden. So kann die Energiewende nicht gelingen. Die Folgen für Natur und Umwelt, die häufig von Gegnern derartiger Projekte ins Feld geführt werden, wären ungleich größer und nachteiliger, wenn die Energiewende nicht gelänge und die Klimaschutzziele verfehlt würden.

Staatsregierung und Bayerische Staatsforsten haben reagiert und möchten künftig im Standortauswahlverfahren eine Zustimmung der Standortgemeinde nicht mehr zur Voraussetzung der Projektierung machen. Stattdessen sollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Standortgemeinden nochmals ausgebaut werden. Auch der Ministerpräsident stellte in seiner Regierungserklärung im Juni klar, dass Bürgerbegehren künftig keine alleinige bindende Wirkung gegenüber den Bayerischen Staatsforsten mehr haben werden.

Fortsetzung von Seite 8

Zusätzlich soll ein Runder Tisch unter der Leitung des früheren Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein eingerichtet werden, der sich mit den Spielregeln für Bürgerbegehren befassen soll.

In einem Gespräch der kommunalen Spitzenverbände mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und dem Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Staatsforsten Martin Neumeyer wurden weitere Maßnahmen eines gerechten Lastenausgleichs zugunsten der Standortgemeinde vereinbart, die in mehreren Gesprächsrunden zwischen Spitzenverbänden und den Bayerischen Staatsforsten vorbereitet wurden: Die unmittelbarste Form der Beteiligung ist, wenn der Windpark von der Standortgemeinde selbst betrieben wird. Das Standortauswahlverfahren lässt dies zu, ohne eine kommunale Projektierung zu befördern, wengleich – um mit dem Ministerpräsidenten zu sprechen – die kommunale Projektierung dem Ziel der „Heimatenergien in Heimathand“ am meisten gerecht würde. Nach Auskunft der Bayerischen Staatsforsten bestehen aber immerhin gut 150 Interessenbekundungen von Standortgemeinden, selbst als Betreiber von Windenergieanlagen im Staatswald zur Verfügung zu stehen. In einer überwiegenden Zahl von Fällen wird es aber um eine Beteiligung der Standortgemeinde an einem „fremden“ Projekt gehen.

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sind sich einig, dass die angemessene Form der Beteiligung eine Beteiligung durch die Standortgemeinde ist. Dies sichert eine gerechte Teilhabe, indem die Mittel zur kommunalen Aufgabenerfüllung verwendet werden können. So plant die Bayerische Staatsregierung eine landesrechtlich garantierte Einspeisevergütung für Windenergieanlagen und Freiflächenphotovoltaikanlagen in Höhe von 0,3 Cent pro Kilowattstunde. Dies stellt eine deutliche Verbesserung der bundesrechtlichen Regelung im Erneuerbaren Energien-Gesetz dar.

Auch stellten die Bayerischen Staatsforsten in Aussicht, eine verpflichtende Gesellschaftsbeteiligung der Standortgemeinde an der projektierenden Gesellschaft erneut zu prüfen. Bisher scheiterte dies an einer fragwürdigen Rechtsauf-

fassung des von den Bayerischen Staatsforsten in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens. Schließlich stellte Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner Regierungserklärung die Einführung des sogenannten Windenergiebonus in Anlehnung an Mecklenburg-Vorpommern in Aussicht.

Ergänzend fordern die kommunalen Spitzenverbände die Einführung einer Windenergie dividende. Diese wird von dem Verpächter als Anteil an den Pachteinnahmen erhoben, während sich die Windenergie dividende an den Projektbetreiber richtet. Beide Instrumente sollen durch Zahlungen an die Standortkommune einen gerechten Lastenausgleich bewirken.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

„GutePflegeFÖR“

Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö|F) unterstützt das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) bei der Verbreitung des neuen Förderprogramms „GutePflegeFÖR“. Die Förderung ist ein Teil der Umsetzung der bayerischen Strategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern“. Mit der Förderrichtlinie „Gute Pflege in Bayern – GutePflegeFÖR“ wird das Ziel verfolgt, in Bayern eine bedarfsgerechte und bedürfnisorientierte, auf den sozialen Nahrungsausgerichtete Pflege zu stärken, auszubauen und zu betreiben, damit Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit oder drohender Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich im vertrauten Umfeld zu Hause leben können. Gemeinsam mit der Koordinationsstelle Wohnen im Alter und der Koordinationsstelle Pflege & Wohnen und dem StMGP werden in den sieben bayerischen Bezirken Informationsveranstaltungen durchgeführt, um über die neue Förderrichtlinie „GutePflegeFÖR“ zu informieren und um zu erklären, wie diese sich im Vergleich zu anderen Förderungen (zum Beispiel SeLA) einordnen lässt. Anmeldung unter

<https://www.lagoefw.de/kategorie/aktuelles/>

„Gesamtpaket“ von Sozialministerium und Kultusministerium

Kleiner Schritt in die richtige Richtung für Ganztagsbetreuung

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27 hat die Staatsregierung nun ein „Gesamtpaket“ angekündigt.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr bewertet dies als kleinen Schritt in die richtige Richtung: „Positiv ist, dass sich nach langen Verhandlungen das Sozialministerium und das Kultusministerium immerhin zusammen bewegt haben, und sogar in die gleiche Richtung. Für die Städte und Gemeinden bringt dies nach langer Zeit der Ungewissheit endlich mehr Klarheit. Die Zugeständnisse der beiden Ministerien helfen den Kommunen. Aber eine nachhaltige Lösung für den Kraftakt eines verlässlichen Ausbaus der Ganztagsbetreuung ist das noch nicht.“

Die Bewertung der einzelnen Aspekte:

- Der Freistaat will nun, anders als zunächst geplant, die Bundesmittel für die Betriebskosten ab 2026 ungekürzt an die Kommunen weiterreichen, das ist zu begrüßen. Offen ist jedoch weiterhin, dass der Freistaat die Bundesmittel mit Landesmitteln ergänzen muss, wenn dies der Bedarf notwendig macht.
- Die Verbesserung des Ganztagsausbauprogramms (Investitionsprogramm) ist zu begrüßen, allerdings muss der Bund dringend die Umsetzungsfristen verlängern.
- Dass der Freistaat sich nun zur Verantwortung der Schulen für die Betreuung am Freitagnachmittag in Schulwochen bekennt, ist zu begrüßen.
- Der Freistaat will nun die organisatorische Mitwirkung der Schulen an der Ferienbetreuung regeln. Das ist ein grundsätzlicher Schritt, der längst überfällig ist und zu begrüßen ist. Der Schritt geht aber noch nicht weit genug, da damit bislang keine Mitverantwortung der Schulen verbunden ist. Hier sehen die Kommunen noch weiteren Handlungsbedarf.

Pannermayr zieht das Fazit: „Aus Sicht der Städte sind die Verhandlungen ein Teilerfolg, denn der Freistaat kommt den Kommunen in wichtigen Punkten, die der Bayerische Städtetag schon lange gefordert hat, entgegen. Unser Dank gilt den beiden Staatsministerinnen, die das nun endlich ermöglicht haben. Das kann aber noch nicht die endgültige Lösung sein. Die Kommunen brauchen weitergehende Unterstützung von Bund und Land. Insbesondere die Höhe der notwendigen Mittel, die Umsetzungsfristen und die Mitverantwortung der Schule in den Ferienzeiten müssen weiter besprochen werden.“ Offen bleibt auch, ob tatsächlich genügend Personal zur Verfügung stehen wird, um das Ganztagsangebot auch tatsächlich auszubauen und den Rechtsanspruch damit erfüllen zu können.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Gräfenberg im Städtetag

Der Bayerische Städtetag freut sich über den Beitritt der Stadt Gräfenberg. Die Stadt im oberfränkischen Landkreis Forchheim zählt rund 4.300 Einwohner.

Als Erster Bürgermeister Gräfenbergs amtiert seit Mai 2020 Ralf Kunzmann (Freie Wähler).

Weitere Informationen im Internet:

www.graefenberg.de

Pannermayr: Gutes Altwerden braucht gute Orte und kurze Wege

Seniorenpolitik geschieht im Sinn aller Generationen

„Kommunale Seniorenpolitik ist eine Herausforderung, birgt aber auch großes Potenzial“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Der demografische Wandel hat weitreichende Konsequenzen für unser Zusammenleben und betrifft alle Städte und Gemeinden. Die Arbeit an einer generationengerechten Stadt ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Gutes Altwerden braucht gute Orte. Gestalten wir unsere Städte weiter so, dass wir dort im Alter gerne leben. Dies geschieht im Sinn aller Generationen.“

Alter zeigt viele Gesichter und hat viele Facetten, die sich rasch wandeln können: Das Spektrum reicht von fitten Aktiven bis zu Bettlägerigen, die täglich pflegerische Hilfe benötigen. „Altersgerechtes Wohnen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Immens ist der Bedarf an altersgerechten Wohnungen, die barrierefrei, schwellenarm und bezahlbar sind. Bauliche Veränderungen und digitale Lösungen können dazu beitragen, lange in den eigenen vier Wänden zu leben“, sagt Pannermayr: „Wohnungen sollen die Chance bieten, aktiv am Leben teilzuhaben. Nötig sind hierfür unter anderem eine auskömmliche und planbare Mittelausstattung der bayerischen Wohnraumförderung, mehr Flexibilität bei den Bestimmungen über die Barrierefreiheit von Wohnraum oder die Unterstützung von alternativen Wohnformen.“

Darüber hinaus gelte es, bei der Infrastruktur in den Städten und Gemeinden die Bedürfnisse von Senioren verstärkt zu berücksichtigen. So werden beispielsweise laut Statistik bis zum Jahr 2040 in Bayern ca. 380.000 Menschen von Demenzerkrankungen betroffen sein. Nötig werde ein demenzsensibles Stadtbild, um dementen Menschen ein möglichst langes Leben in Selbständigkeit zu ermöglichen. Auch länger anhaltende Hitzeperioden sind gerade für ältere Menschen eine enorme Belastung. „Hitzeschutzpläne, die einige Städte bereits auf den Weg gebracht haben, können hier hilfreich sein. Gute Aufenthaltsqualität auf Plätzen und in Grünanlagen genießen alle Menschen.“

Innenstädte und Ortszentren sind emotionaler Mittelpunkt einer Kommune. Ortskerne müssen als Versorgungszentren erhalten bleiben. Pannermayr: „Ziel sollte eine Stadt der kurzen Wege sein, mit einer guten Infrastruktur an Läden, Gasthäusern, Cafés, Apotheken, Ärzten, Banken und Kultureinrichtungen.“ Hierfür sollte die Städtebauförderung aufgestockt werden.

Wichtig sei es außerdem, ältere Menschen weiterhin in die Gesellschaft zu integrieren. Im Alter sind soziale Kontakte und eine anregende Umgebung besonders wichtig. Eine altersgerechte Quartiersentwicklung ist sicher, behaglich, vertraut und zugänglich. Es braucht Orte der niedrigschwelligen und zwanglosen Begegnung, die als Dritte Orte bezeichnet werden. Pannermayr: „Dritte Orte sind Häuser, Räume, Grünflächen oder Parks, die allen Menschen und Generationen offenstehen, um sich zu treffen, auszutauschen und zu unterstützen. Ein lebenswerter Raum für alte Menschen ist ein Gewinn für alle Generationen.“

Das Ehrenamt oder Mehrgenerationenhäuser können dabei wertvolle Hilfe leisten. Pannermayr: „Das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen sollten wir nicht einfach verloren gehen lassen. Das gilt im Berufsleben genauso wie im privaten Alltag. Mehrgenerationenhäuser und Vereine sind Orte der Begegnung und des lebendigen Austauschs zwischen Jung und Alt.“ Zentrale kommunale Beratungsstellen für Senioren helfen bei der Suche nach den richtigen Anlaufstellen. Die Mitwirkungsmöglichkeit bei kommunalen Entscheidungen, etwa über einen Seniorenbeirat, stärken Engagement, Aktivität und Selbstwertgefühl älterer Bürgerinnen und Bürger. Pannermayr: „Städte und Gemeinden leisten einen zentralen Beitrag für eine gute Seniorenpolitik. Kommunen können die Herausforderungen jedoch nicht alleine bewältigen. Sie sind auf Unterstützung von Bund, Freistaat, Kirchen und Gesellschaft angewiesen. Denn letztlich profitiert die gesamte Gesellschaft von Maßnahmen, die für ältere Menschen getroffen werden.“

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Jung: Generationengerechte Mobilität

Eine Angebotsoffensive für den öffentlichen Personennahverkehr

Ob große Stadt oder kleine Gemeinde, ob Ballungsraum oder ländlicher Raum: Alte Menschen wollen mobil sein. Neben dem selbständigen Wohnen im eigenen Zuhause ist die eigenständige Mobilität für Seniorinnen und Senioren wichtig, sagt der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung, 1. stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags: „Ein zentraler Aspekt der kommunalen Seniorenpolitik liegt in der Mobilität. Die Anforderungen sind so vielfältig, wie die Erwartungen der älteren Menschen, etwa an Busse und Bahnen in der Stadt.“

Jung: „Wer mobil ist, ist besser sozial integriert. Wer mobil ist, kann am öffentlichen Leben teilnehmen. Mobilität bedeutet Lebensqualität und hat viele Gesichter: Gehen, Fahrradfahren, E-Bike, E-Rollator, Auto, Bus, Tram und Bahn. Eine generationengerechte Mobilität funktioniert nur über die gesamte Mobilitätskette.“ Die Mobilitätsbedürfnisse älterer Menschen sind heterogen, sie sind bestimmt von der Raumstruktur in Stadt und Land, abhängig von der Gesundheit, vom sozialen Umfeld, vom Wohnumfeld im Quartier. Kurze Wege sind entscheidend – zum Einkauf, zum Arzt, zu Konzert, Theater oder Freizeitaktivitäten.

Städte und Gemeinden stehen dabei vor unterschiedlichen Herausforderungen. In Ballungsräumen ist meist ein gut funktionierender öffentlicher Nahverkehr vorhanden. Dort geht es darum, das Angebot seniorengerecht und barrierearm zu gestalten. Jung: „In ländlichen Gebieten ist es oft nicht möglich, den öffentlichen Nahverkehr adäquat anzubieten, hier sind Seniorinnen und Senioren häufig auf das Auto angewiesen. Bayerische Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht und bieten Ruf- oder Flexibusse an, um allen Menschen mehr Möglichkeiten der Mobilität zu geben. Künftig werden Modelle, wie autonomes Fahren, fahrerlose Züge oder Busse hinzukommen.“

Jung: „Bund, Freistaat und Kommunen müssen eine Angebotsoffensive für den öffentlichen Personennahverkehr starten. Bund und Freistaat

müssen die Investitionen mit mehr Regionalisierungsmitteln und mit der besseren Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs deutlich erhöhen. Nur so kann der öffentliche Nahverkehr einen besseren Beitrag in Stadt und Land leisten – dies hilft älteren Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ebenso wie jüngeren Menschen.“

Die verständliche Durchsage in Bus und Bahn hilft Alt und Jung. Der breite Einstieg in den Niederflerbus ist für Ältere eine Hilfe und erleichtert den Jüngeren die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Gut lesbare Beschilderung an Haltestellen, klar gestaltete Fußgängerüberwege, bequeme Fußwege, klar getrennte Radwege und Fahrbahnen geben bessere Orientierung für alle Generationen. Generationengerechte Mobilität umfasst Verkehrsanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen für Bus, Tram und U-Bahnen, akustische und visuelle Signale an Haltestellen und in Bussen, Toiletten an Bahnhöfen und Plätzen. Und schließlich müssen die Ziele barrierefrei sein – Arzthäuser, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude, Geschäfte, Konzerthallen, Schwimmbäder. Jung: „Eine generationengerechte Mobilität funktioniert nur über die gesamte Mobilitätskette von der Haustür bis zum Ziel.“

Barrierefrei muss auch das Ticket für Bus und Bahn sein, sagt Jung: „Digitalisierung ist kein Allheilmittel. Richtig eingesetzte Digitalisierung kann den Alltag erleichtern. Tarife im öffentlichen Nahverkehr müssen bezahlbar und mit barrierefreien Tickets gestaltet sein. Digitalisierung darf keine Barrieren für ältere Menschen bauen. Hier ist Unterstützung nötig.“ Was für den Nahverkehr gilt, betrifft auch andere Anwendungen: Kommunen können im Zusammenhang mit der Digitalisierung begleitend die Ausstattung mit digitalen Technologien fördern und beispielsweise das Quartier digital vernetzen. Im Fokus bei der Digitalisierung muss stets die Benutzerfreundlichkeit stehen. Die beste Anwendung nützt nichts, wenn sie keiner bedienen kann; Hindernisse bei Zugang oder Nutzung dürfen nicht entstehen.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Loth: Kommunen geben Hilfe zur Selbsthilfe

Wir müssen die Pflege fit für die Zukunft machen

„Kommunen geben Hilfe zur Selbsthilfe, um Seniorinnen und Senioren durch Höhen und Tiefen zu begleiten“, sagt der 2. stellvertretende Vorsitzende, Weilheims 1. Bürgermeister Markus Loth. Das kann durch Mehrgenerationenspielflächen, Integration von Kita und Seniorenheim, Basteltreffs, Seniorenstammische, Besuchsdienste, Begegnungsstätten, Ehrenamtsbörsen und Beratungsstellen erfolgen. Loth: „Je älter der Mensch, desto wahrscheinlicher wird eine Erkrankung. Wichtig für ein langes gesundes Leben ist Prävention und Vermeidung von Risikofaktoren. Die Förderung körperlicher Aktivität und Mobilität sind elementar in der Reha, im Pflegeheim und Zuhause.“

Loth: „Eine große Welle rollt bei der Pflege auf uns zu. Immer mehr Pflegebedürftige kommen auf immer weniger Pflegepersonal. Dies sind die Auswirkungen der Kombination aus Fachkräftemangel und demografischem Wandel. Es ist höchste Zeit, die Pflege fit für die Zukunft zu machen.“ Eine wichtige Rolle spielen Angehörige, die einen Großteil der Pflegebedürftigen zuhause versorgen. Pflegenden Familienangehörigen werden jedoch selbst älter und können die Aufgabe oft nicht mehr bewältigen. Pflegestützpunkte und Fachstellen für pflegende Angehörige und Menschen mit Demenz unterstützen die Angehörigen. Es braucht zusätzliche Unterstützung für Angehörige und ein System vernetzter Versorgungsformen, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten.

Loth: „Ein wichtiger Baustein ist die wohnortnahe ambulante und stationäre Pflege. Wer pflegebedürftig ist, fragt sich zunächst, wer ihm und den Angehörigen zuhause helfen kann. Wenn nicht ausreichend ambulante Kapazitäten vorhanden sind, ist das für Pflegebedürftige eine Hiobsbotschaft. Dabei sollte es für uns als Gesellschaft darum gehen, wie wir für die Schwächsten sorgen. Der Pflegeberuf muss attraktiver sein. Bürokratie muss abgebaut werden, etwa bei der Anerkennung von ausländischen Pflegeabschlüssen. Es braucht Mut für neue Wege, wie die Einführung

einer Gemeindegeschwister, die mit Hilfestellungen die Pflegebedürftigkeit lindern können.“

Der Weg in die stationäre Pflege ist bisweilen unvermeidlich. Der Wunsch der Pflegebedürftigen, in der Nähe des Wohnorts und der Familie zu bleiben, kann oft nicht erfüllt werden. Loth: „Kommunal getragene Pflegeheime leisten hervorragende Arbeit, können aber den Pflegebedarf bei weitem nicht alleine decken. Es braucht ein Zusammenwirken mit privaten und frei-gemeinnützigen Trägern, um ausreichend Plätze zur Verfügung stellen zu können.“ Kreative Lösungen sind gefragt: In Pflege-Wohngemeinschaften können Pflegebedürftige selbständig in häuslicher Umgebung wohnen, ohne dabei auf sich gestellt zu sein.

Bei medizinischer Versorgung und Pflege ist die Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat für die letzte Lebensphase schwerkranker Menschen elementar: Sie wollen würdevoll und schmerzarm begleitet werden. Neben den derzeit 23 Hospizen für Erwachsene in Bayern leisten aktuell 146 Hospizvereine mit über 8.000 Ehrenamtlichen ausgezeichnete Arbeit, die wertvoll für Betroffene, Angehörige und die Gesellschaft ist.

Loth: „Wenn immer mehr Menschen wegen Pflegebedürftigkeit in Altersarmut rutschen und die Kosten nicht aus eigenen Mitteln tragen können, stellt sich die Frage: Was läuft falsch? Die Pflege muss für Pflegebedürftige bezahlbar sein. Es darf nicht zur Regel werden, dass der Sozialhilfeträger einspringen muss. Steigende Sozialhilfekosten schränken kommunale Handlungsspielräume ein. Hier ist die Pflegeversicherung angemessen auszugestalten.“ Die Finanzierung der Langzeitpflege ist sicherzustellen. Die Kosten für Pflege dürfen nicht die Ersparnisse und das Einkommen aufzehren. Der Bund muss für eine Ertüchtigung der Pflegeversicherung sorgen, fordert der Städtetag: Der Bund muss die Pflegeplanung nach dem SGB XI neu ausrichten. Bei der Zulassung von Einrichtungen ist die Entscheidung der Kommune verpflichtend zu berücksichtigen.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Termine

08.07.2024	Arbeitskreis Planen und Bauen in München
09.07.2024	Bau- und Planungsausschuss in München
15./16.07.2024	Arbeitskreis Stadtgrün in München
17.09.2024	Bezirksversammlung Oberbayern in Altötting
18.09.2024	Bezirksversammlung Niederbayern in Simbach a. Inn
24.09.2024	Arbeitsgemeinschaft Veterinärwesen in Erlangen
25.09.2024	Bezirksversammlung Oberpfalz in Amberg
26.09.2024	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss in München
27.09.2024	Schulausschuss in München
01.10.2024	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
08.10.2024	Vorstandssitzung in München
10.10.2024	Pressekonferenz in München
10./11.10.2024	Sportausschuss in München
17.10.2024	Arbeitskreis Finanzen in München
18.10.2024	Finanzausschuss in München
21.10.2024	Arbeitskreis Straßenverkehr in Bad Tölz
22.10.2024	Arbeitskreis Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in München
23.10.2024	Forstausschuss in München
23.10.2024	Bezirksversammlung Mittelfranken in Ansbach
24.10.2024	Arbeitskreis Steuern
04.11.2024	Arbeitsgruppe Kommunale Entwicklungspolitik in München
05.11.2024	Verwaltungs- und Rechtsausschuss in München
06.11.2024	Umweltausschuss in Würzburg
08.11.2024	Arbeitsgemeinschaft kommunaler KiTa-Träger in München
08.11.2024	Arbeitskreis Personal in Würzburg
11.11.2024	Kulturausschuss in München
12.11.2024	Bezirksversammlung Oberfranken in Kulmbach
12.11.2024	Arbeitskreis Planen und Bauen in München
13.11.2024	Bau- und Planungsausschuss in München
15.11.2024	Gesundheits- und Pflegeausschuss in München
18.11.2024	Bezirksversammlung Unterfranken in Ostheim v. d. Rhön
19.11.2024	Wirtschafts- und Verkehrsausschuss in München
26.11.2024	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
27.11.2024	Sozialausschuss in Landshut
29.11.2024	Personal- und Organisationsausschuss in München

29.11.2024	Bezirksversammlung Schwaben in Lindenberg im Allgäu
29.11.2024	Schulausschuss in Augsburg
05.12.2024	Arbeitskreis Bestattungswesen in Forchheim
10.12.2024	Vorstandssitzung in München
12.12.2024	Pressekonferenz in München

Termine 2025:

04.02.2025	Vorstandssitzung in München
06.02.2025	Pressekonferenz in München
29.04.2025	Vorstandssitzung in München
30.04.2025	Pressekonferenz in München
07./08.07.2025	Vorstandssitzung in Würzburg
08.07.2025	Pressekonferenz in Würzburg
08./09.07.2025	BAYERISCHER STÄDTETAG 2025 in Würzburg
28.10.2025	Vorstandssitzung in München
30.10.2025	Pressekonferenz in München

- abgeschlossen am 05.07.2024 -

Neue Bücher

Das Schulrecht in Bayern 266. Ergänzung von Lindner/Stahl, 243,68 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 81,22 Euro

Kommunales Vertragsrecht 131. Ergänzung von Bloeck/Graf, 422,28 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 140,76 Euro

Verwaltungsrecht in Bayern – Kommentar 144. Ergänzung von Harrer/Kugele, 446,25 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 148,75 Euro

Bayerische Bauordnung – Kommentar 151. Ergänzung von Molodovsky u. a., Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH

Abwasserabgaberecht in Bayern 111. Ergänzung von Vogel/Klenner/Heuss, 317,10 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 105,70 Euro

Kommunale Wahlbeamte / Kommunales Ehrenamt in Bayern 93. Ergänzung von Hümmer/Wallner, 446,25 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 148,75 Euro

Kommunale Haftung und Entschädigung 103. Ergänzung von Gabler, 446,25 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 148,75 Euro

Das Schulrecht in Bayern 265. Ergänzung von Lindner/Stahl, 165,67 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 55,23 Euro

Kommunale Kostentabelle 55. Ergänzung von Fritsch, 446,25 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 148,75 Euro

Gemeindeordnung mit Verwaltungsgemeinschaftsordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung für den Freistaat Bayern – Kommentar 69. Aktualisierung von Hölzl/Hien/Huber, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH

Kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht in Bayern 174. Ergänzung von Schreml u. a., Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH

Kommunalabgaben- und Ortsrecht in Bayern 112. Ergänzung von Thimet u. a., Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten 191. Ergänzung von Wieser, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH

Kommunale Wahlbeamte / Kommunales Ehrenamt in Bayern 94. Ergänzung von Hümmer/Wallner, 427,68 Euro, Wolters Kluwer Deutschland GmbH; **Online-Ausgabe:** 142,56 Euro